



Kein Dach über dem Kopf, da bleibt nur die Straße. Geschätzt sind in Deutschland rund 1,2 Millionen Menschen von Wohnungsnot bedroht.

Foto: t&w

## Keine Wohnung, kein Leben

VON CARLO EGGELING

**Lüneburg.** Der Lüneburger Wohnungsbaugesellschaft gehören in Lüneburg rund 2200 Wohnungen, die meisten hat Geschäftsführerin Heiderose Schäfke relativ günstig vermietet. Die Mitarbeiter fragen nicht nach Schulden, nehmen Alleinerziehende auf – „Sorgenkinder, die es auf dem Markt schwer haben“. Viele hätten gerne eine Bleibe bei der kommunalen Gesellschaft. „Auf der Warteliste stehen 1300 Namen“, sagt die LüwoBau-Geschäftsführerin. Die Zahl wirkt wie ein Ausrufezeichen hinter dem Wort Wohnungsnot, die auch an der Ilmenau Alltag ist.

Die Sozialorganisation Lebensraum Diakonie hatte am Donnerstagabend in die Volkshochschule eingeladen, um das Thema zu beleuchten. „Unerhört, diese Wohnungslosen“, lautet das Motto mehrdeutig. Denn manche von ihnen, das war schnell klar, sind keine netten Nachbarn. Laut, aggressiv, dreckig. Eben unerhört anstrengend.

Die andere Bedeutung wirft den anderen Schatten: Wer seine Wohnung verliert, hat in der

Wohnen ist zur sozialen Frage geworden. Getan wird zu wenig. Eine lokale Bilanz. Um zu helfen, braucht es einen langen Atem

Regel keine Lobby, auf ihn wird kaum gehört.

Werena Rosenke, Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe und stellvertretende Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz, umriss, was Menschen ohne Bleibe drohen kann: keine Wohnung, keine Arbeit, kein Arzt, geringe Bildung. Im

schlimmsten Fall werden Obdachlose Opfer von Gewalt wie kürzlich in Berlin, wo Männer angezündet wurden.

Für Hans-Joachim Lenke, er leitet die Abteilung Diakonie im Landeskirchenamt in Hannover, war es ein Fehler, dass Kommunen vor Jahren ihre Wohnungsgesellschaften an Fonds verkauften. Für sie zähle Rendite, nicht,

Menschen mit wenig Geld ein Zuhause anzubieten. Lenke kritisierte, dass manche Bauvorschrift zu kompliziert sei. Es schrecke ab, beispielsweise in leerstehende Gemeindehäuser Wohnungen zu setzen, Brandschutz und energetische Vorgaben machten das Ganze sehr teuer.

Die Uelzener SPD-Bundestagsabgeordnete Kirsten Lüthmann hielt dagegen. Es könne nicht sein, dass man quasi zwei Klassen des Wohnens habe: „Wir würden Menschen stigmatisieren.“ Michael Elsner, Geschäftsführer des Lebensraums Diako-

nie, belegt, wie drängend die Wohnungsnot für Arme ist: Die 62 stationären Plätze in der Herberge seien durchgehend belegt. Die sogenannte Gefahrenabwehr, also für Menschen, die auf der Straße landen, verfüge über 35 bis 40 Plätze. Belegt sei man mit 50 Menschen. Sinkende Zahlen seien nicht zu erkennen.

André Pluskwa betreut Wohnungslose. Der Mitarbeiter der Herberge machte auf eine Absurdität im System aufmerksam. Seine Klienten unterschrieben häufig eine Abtretungserklärung, Sozialbehörden überwiesen die Miete direkt an den Vermieter. Diese Entscheidung könnten die Menschen aber widerrufen. Das mache mancher, etwa weil er drogenabhängig sei und Bares in Stoff umsetze. Die Folge: Mietschulden und Räumung. Es sei sicher sinnvoll, diesen Punkt der Eigenständigkeit zu überdenken.

Einig war man sich, dass die Wohnungsfrage längst eine grundsätzliche ist: Auch sogenannte Normalverdiener wie eine Verkäuferin oder ein Staplerfahrer haben es schwer, eine angemessene und bezahlbare Bleibe zu finden.

### ZUR SACHE

#### Auch der Landkreis ist gefordert

**Jedes Jahr müssten 400 000 Wohnungen** geschaffen werden, davon 150 000 mit Sozialbindung, um das Problem anzugehen, schätzen Fachleute. Tatsächlich gebaut werden insgesamt nur 265 000 Wohneinheiten, darunter viele Eigenheime. Zudem fallen viele Wohnungen aus der sozialen Bindung heraus, denn die Förderung schreibt vor, dass

Wohnungen beispielsweise 20 Jahre lang mit einem günstigen Mietsatz angeboten werden müssen. Das Problem werde sich verschärfen.

**Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe** fordert unter anderem eine dauerhafte Sozialbindung, eine wirksame Mietpreisbremse, angemessene Beihilfen, die Kosten für Heizung und Strom decken.

Zudem sollte es kommunale Fachstellen geben, die sich Betroffener annehmen. Heiderose Schäfke nimmt den Landkreis und die Umlandgemeinden in den Blick. Wie in der Stadt sollten auch im Kreis bei der Ausweisung 30 Prozent der Flächen für sozialen Wohnungsbau belegt werden. Zudem müsse man über die Anbindung mit Bussen nachdenken.